Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Hermann-Blankenstein-Str. 30
10249 Berlin

Telefon: 0 30 20 64 11-0
Telefax: 0 30 20 64 11-2 04

bundesvereinigung@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

Bundesgeschäftsführung
Telefon: 030 20 64 11-101

jeanne.nicklas-faust@lebenshilfe.de

22.11.2021

Abschlussrede

von Ulla Schmidt, Bundesministerin a.D., Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. zur Mitgliederversammlung im Estrel Berlin am 16. Oktober 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,
liebe Freunde der Lebenshilfe,

jetzt kommen wir zum Schluss unserer Mitgliederversammlung. Hier darf ich mich noch einmal herzlich bei Ihnen für die lebhaften Diskussionen bedanken, für viele intensive Gespräche, für die Unterstützung des Vorstandes und die Unterstützung bei der notwendigen Beitragserhöhung. Besonders möchte ich mich aber auch für die vielen Themen bedanken, die Sie in Ihren Wortbeiträgen benannt haben. Wir haben sehr aufmerksam zugehört und nehmen diese Impulse auf. Auch wenn wir selbst vieles in die Diskussion eingebracht haben, ist es für uns auch immer wichtig zu hören, wo etwas gut läuft und wo noch etwas passieren muss.

Mir ist ganz viel davon in Erinnerung geblieben und ich möchte exemplarisch etwas nennen, was uns auch in Bundesvorstand und Bundeskammer umtreibt. Das ist die Frage der Teilhabe am Arbeitsleben. Menschen mit Behinderung sind immer noch stark benachteiligt im Arbeitsmarkt und das gilt besonders für Menschen bei uns in den Werkstätten. Daher glaube ich, dass es richtig ist, dass wir uns darum kümmern, miteinander diskutieren - und neue Lösungen entwickeln. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten macht viel in diesem Bereich, und auch dort ist die Lebenshilfe stark vertreten.

Unsere Frage ist „Wie können wir die Werkstätten weiterhin so aufstellen, dass sie zukunftsfähig sind?“ Da passiert bereits jetzt sehr viel. Zum Beispiel in der Frage: „Wo sind diejenigen, die wir vielleicht so fördern können, dass sie gerne, manchmal vielleicht auch nur zeitweise, in den ersten Arbeitsmarkt oder in einen Inklusionsbetrieb gehen?“ Denn es gibt ja auch viele, die sagen: „Ich möchte jetzt gerne mal wieder in die Werkstatt zurück, weil das für mich ein Stück Geborgenheit bedeutet. Da sind meine Freunde und da ist ja viel mehr als nur die

Beschäftigung.“ Aber diese vorrangige Frage: „Wie finden wir für jeden das, was eigentlich notwendig ist, damit er teilhaben kann am Arbeitsleben, am gesellschaftlichen Leben, am politischen Leben?“ - das ist ein großes Thema, woran wir als Verband arbeiten müssen und was sich gerade besonders im Arbeitsmarkt niederschlägt.

Auch bin ich sehr dafür, dass wir zu einem neuen Entgeltsystem kommen: Menschen, die in Werkstätten arbeiten, bekommen häufig auf der einen Seite ein Entgelt, auf der anderen Seite Grundsicherung und immer, wenn sie zusätzliche finanzielle Leistungen erhalten, werden diese gegengerechnet und in Teilen wieder abgezogen - damit muss Schluss sein!
Letztlich fordern wir so etwas, wie ein bedingtes Grundeinkommen. Unsere Menschen in den Werkstätten arbeiten den ganzen Tag, so wie sie können und mit der Unterstützung, die sie brauchen. Und sie brauchen eine Absicherung des Grundeinkommens. Das, was sie schaffen und das, was sie selbst dazu verdienen, darf nicht vollständig auf Grundsicherung oder auf Leistungen der Eingliederungshilfe angerechnet werden! Ich glaube das ist ein sehr wichtiges Thema, das wir angehen wollen.

Das zweite Thema, das kam, war die Sorge, wenn jetzt so vieles sich neu entwickelt, wird es weiterhin die geeignete und genügend Unterstützung für alle geben? Letztlich geht es um den Übergang von der Fürsorge zur Teilhabe. Mir hat eine Mutter gesagt: „Es ist manchmal wie jeden Tag wieder ein Stück freischaufeln und wieder sehe ich Fähigkeiten, die ich vorher gar nicht gesehen habe“. Ich glaube, das ist unser Weg: So viel Unterstützung wie nötig und so viel Eigen wie möglich. Und für uns ist ganz klar: Für uns gilt Inklusion und der Anspruch auch für den- oder diejenige mit dem allerhöchsten Hilfebedarf. Auch für Menschen mit schwerer und komplexer Beeinträchtigung müssen alle gesetzlichen Regelungen gelten und die Unterstützung so zur Verfügung gestellt werden wie jeder einzelne und jede einzelne sie braucht. Dafür werden wir uns einsetzen und auch die Sorge, wie dies in der Praxis gelingen kann, nehmen wir mit.

Das Dritte Thema ist die große Sorge des Fachkräftemangels. Die Behindertenhilfe steht damit nicht allein, wenn ich allein daran denke, was an Fachkräften in der Pflege fehlt.
Wir sind gezwungen uns darauf einzustellen, dass wir unsere Arbeit, unsere Einrichtungen so attraktiv wie möglich machen, damit junge Menschen sagen: „Hier möchte ich arbeiten. Hier möchte ich mich einbringen.“ Und ich habe viele Einrichtungen besucht und ich finde es einfach toll, wenn ich jungen Menschen begegne, die sich sehr stark engagieren, und dann sagen: „Das ist der Traumberuf meines Lebens“. Schöner kann man es nicht sagen. Aber wir müssen sie suchen, wir müssen dafür sorgen, dass wir in der Lage sind, Tariflöhne zu zahlen und gute Arbeitsplätze zu bieten. Dies muss über die Eingliederungshilfe refinanziert werden, denn sonst geht es nicht. Das, was wir im Pflege- und Krankenhausbereich an Unterstützung im Bereich Fachkräftemangel machen, brauchen wir auch in den Einrichtungen der Behindertenhilfe, damit es weitergeht.

Diese Punkte, und auch einige andere nehmen wir mit und bearbeiten sie – denn als Lebenshilfe arbeiten wir gemeinsam für Menschen mit Behinderung und ihre Familien.

Während wir hier getagt haben, kam die Sondierung der Koalitionsparteien zu ihrem Ende und die Papiere zu den Sondierungspaketen waren bis zum Ende geheim. Aber nun hat es mich doch beruhigt, dass sich zum ersten Mal in einem solchen kurzen ersten Papier schon ein Passus über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung findet. Das können wir gleich als einen ersten kleinen Erfolg sehen, dass eine kleine Männerrunde an die Rechte von Menschen mit Behinderung denkt, denn die Fachpolitiker*innen waren bei diesen Beratungen ja noch nicht dabei.

Also darauf werden wir aufbauen, da werden wir ansetzen.

Und ich sage Ihnen: Unser Kampf zur Abschaffung des Paragrafen §43a in der Pflegeversicherung ist ja nicht nur eine Frage des Kampfes gegen die Diskriminierung in der Pflegeversicherung, - dass wir wollen, dass alle, die Beiträge zahlen, einen gleichen Anspruch an Leistungen haben, egal wo sie wohnen, egal wie sie sich dies organisieren, dazu gibt es ja gesetzliche Regelungen, - das ist auch ein Einsatz dafür, dass wir endlich auch den Bereich der Pflege angemessen finanziert bekommen. Denn das, was unsere Mitarbeiter*innen heute in Pflege investieren müssen, fehlt in dem Bereich wo es um Teilhabe geht. Das ist für Menschen mit Behinderung in den Wohneinrichtungen spürbar, da geht immer ein Stück verloren, von dem, was sie eigentlich gerne machen. Und deshalb ist das ein gesellschaftspolitischer Anspruch, ein Gleichheitsanspruch und ein Anspruch, dass wir gute Pflege in den Wohnstätten haben wollen.

An diesen drei großen Themen Bereiche werden wir arbeiten. Und wir wissen, das sind auch Sorgen, die Sie vor Ort haben. Seien Sie gewiss, ich kenne den Vorstand sehr gut und Frau Stock wird in gleicher Weise dazu gehören, dass wir sagen können, dies sind die Menschen, die versprechen alles daran zu setzen, Stück für Stück mit Ihnen gemeinsam, mit den Ortsverbänden, mit den Landesverbänden, für diese Punkte zu kämpfen.

Zum Abschluss möchte ich allen danken, die die Mitgliederversammlung möglich gemacht haben. Zunächst dem Hotel und den Beschäftigten hier in der Hotellerie: In Corona-Zeiten ist es ein großes Lob wert, wie das hier abläuft und wie das organisiert wurde, damit wir die Chance hatten, zusammen zu kommen und miteinander zu reden, für die Beschäftigten auch hier in der Hotellerie, in der Gastronomie ein großes Lob wert.

Ich danke den Simultan-Dolmetscher*innen, die hier waren, um für diejenigen, die dies benötigen, alles in leichte Sprache zu übersetzen.

Ich danke der Geschäftsstelle, die in den letzten Wochen und Monaten mit der Planung und Organisation beschäftigt waren, eine Präsenzveranstaltung zu halten.
Herzlichen Dank für euer Engagement, herzlichen Dank für die Arbeit!

Danke auch an die Bundeskammer. Wir haben, nachdem es früher etwas holprig war, mittlerweile wirklich eine gute und fruchtvolle Zusammenarbeit. Dafür möchte ich danken.

Jetzt bleibt mir nur noch Ihnen einen guten Aufenthalt in Berlin oder einen guten Heimweg nach Hause zu wünschen. Und ich hoffe, dass Sie wieder mit vollem Elan und mit der Zuversicht, dass es sich lohnt in der Lebenshilfe zu arbeiten, nach Hause gehen. So dass wir dann in den nächsten vier Jahren unsere Selbstvertreter*innen so stärken, wie Sie das mit ihren Forderungen uns gestern nahe gebracht haben. Wir versprechen das.
Dankeschön und gutes Nachhausekommen.